

Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn



Solothurn, 29. Februar 2016

Ein Affront gegen das Verkaufspersonal und das Solothurner Stimmvolk!

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn (GbS) ist über den neusten Entscheid des Nationalrates, per Gesetz die Kantone zu verpflichten die Ladenöffnungszeiten zu verlängern, entrüstet.

Noch im März 2015 hat sich das Solothurner Stimmvolk eindeutig gegen eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen.

Solothurner Stimmvolk soll bevormundet werden

Mit ihrem Entscheid will die grosse Kammer der Hälfte aller Kantone längere Ladenöffnungszeiten aufzwingen. Wenn sich der Nationalrat durchsetzt, dann werden die Arbeitsbedingungen im Verkauf, bereits heute durch Prekarität gefährdet, noch stärker zerstückelt. Für die Betroffenen würde es noch schwieriger, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Sie wehren sich denn auch entschieden gegen eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten, wie eine kürzlich vorgestellte Studie der Gewerkschaft Unia erneut gezeigt hat.

Der Nationalrat blendet auch den Widerstand der Kantone aus. Das Solothurner Stimmvolk lehnte im vergangenen März Ladenöffnungszeiten, wie sie jetzt vom Nationalrat daherkommen, mit knapp 66% aller Stimmenden ab. Es geht nicht an, dass die Bevölkerung in dieser Frage nun bevormundet wird. Der Ständerat hat die föderalistische Argumentation gewürdigt und ist in der letzten Session konsequenterweise nicht auf die Vorlage eingetreten. Der GbS fordert den Ständerat auf, hart zu bleiben

Leidtragende wären einmal mehr das Verkaufspersonal, sowie die kleinen Betriebe

Mit dieser Vorlage würden sich die ohnehin schon prekären Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals weiter verschlechtern. Profitieren werden nur die Grossverteiler. Für kleine und mittlere Betriebe wären längere Ladenöffnungszeiten eine zusätzliche Belastung, welche sie und ihr Personal auf sich nehmen müssten, um mit der grossen Konkurrenz mithalten zu können.

Zudem wird man mit längeren Ladenöffnungszeiten auch den Einkaufstourismus nicht bekämpfen können. Die Preisdifferenzen zwischen der Schweiz und dem nahen Ausland sind durch den überbewerteten Franken für Einkaufstouristen noch attraktiver geworden.

Die Aussage von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, dass das neue Gesetz auch zur Vereinbarkeit von besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitrage, empfindet der GbS als Hohn gegenüber dem Verkaufspersonal.

Weitere Auskünfte:

Markus Baumann, Präsident GbS, 079 435 64 47